



Frage des Monats

Der pax christi Diözesanverband Münster sucht den politischen Dialog zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

In diesem Jahr stellen wir ausgewählten politischen Vertretern jeden Monat eine Frage, zu der wir unterschiedliche oder gegensätzliche Meinungsäußerungen erwarten. Wir veröffentlichen ihre Antworten und bitten jeweils ein Mitglied aus unserer Bewegung um einen Kommentar. Alle Texte stellen wir auf unsere Homepage.

So möchten wir zur Auseinandersetzung und Meinungsbildung über friedensrelevante Themen beitragen.

August

Unsere Frage:

122 Staaten verabschiedeten am 7. Juli 2017 bei den Vereinten Nationen in New York einen **Vertrag zum Verbot von Atomwaffen**. Die Atomwaffenstaaten der NATO waren bei den Verhandlungen nicht dabei, auch die Bundesrepublik als Verbündete nicht.

Wären Sie dafür, dass die Bundesregierung dem Vertrag für ein Atomwaffenverbot beitrifft? Wie stehen Sie zu den geplanten Modernisierungen der nuklearen Waffensysteme und zum Verbleib der Atomwaffen in Büchel?

Es antwortet:

- **Marc Würfel-Elberg, CDU Münster**

Wenn alle Staaten einem solchen Vertrag beitreten und ihn einhalten würden, sollte die Bundesrepublik natürlich nicht fehlen. Leider sieht die sicherheitspolitische Lage anders aus, wie u.a. das Beispiel Nordkorea zeigt. Als Nato-Mitglied haben wir die nukleare Teilhabe, und die Verfügbarkeit über solche Waffen stellt ein erhebliches Abschreckungspotenzial dar, was die Reduzierung konventioneller Streitkräfte überhaupt erst ermöglicht hat. Natürlich sollten solch gefährliche Waffen immer auf dem neuesten Stand der Technik sein, damit Unfälle vermieden werden. Folglich sollten diese auch modernisiert werden. Ob die Nato solche Waffen nun in Büchel oder Brüssel lagert, wäre eigentlich egal, da wir Sicherheit nicht mehr rein national denken, sondern immer im Rahmen unserer Allianzen und der seit Jahrzehnten ausgeprägten Multinationalität. Die logistischen Rahmenbedingungen und die Nähe zu Flugzeugen mit entsprechenden Reichweiten, sind aber für einen potenziellen (und hoffentlich niemals nötigen) Einsatz erforderlich, um eine glaubwürdige Abschreckung zu haben, sodass der Standort Büchel dann nicht mehr in Frage käme, wenn dies nicht mehr gegeben sein sollte.

- **Robert von Olberg, Vorsitzender und Bundestagskandidat der SPD Münster**

Ich meine, Deutschland sollte alle Anstrengungen unterstützen, die das Ziel einer atomwaffenfreien Welt verfolgen. Diskussionen um nukleare Aufrüstung erfüllen mich mit großer Sorge. Deutschland sollte auch in den internationalen Beziehungen zu seinen Partnern, die über nukleare Waffen verfügen, und auch innerhalb der NATO konsequent und unerlässlich für die atomare Abrüstung eintreten. Eine klare Haltung in dieser Frage bedeutet für mich auch, als Bundesrepublik dafür einzutreten, dass nukleare Waffen nicht länger in Deutschland stationiert sind.

- **Maria Klein-Schmeink, MdB, Sprecherin für Gesundheitspolitik, Bündnis 90/Die Grünen**

Bündnis 90/Die Grünen sind als Partei aus der Anti-Atombewegung gewachsen. Wir setzen uns seit jeher für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Das haben wir stets - und bringen es weiter - durch parlamentarische wie außerparlamentarische Initiativen zum Ausdruck. Der gemeinsame Appell des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 für eine atomwaffenfreie Welt und einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ging auf eine grüne Initiative zurück

(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf> , „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“, Drs.nr. 17/1159).

Wir lehnen die Modernisierungspläne der Atomwaffenstaaten strikt ab und betrachten mit Sorge die brandgefährlichen Drohungen mit dieser Massenvernichtungswaffe durch Putin, Trump oder Kim Jong Un. Es war daher ein großer Erfolg der Vereinten Nationen, dass sich über 120 Staaten zusammengefunden haben, um am 7.7. diesen Jahres durch ein Verbot dieser Waffe ihren klaren abrüstungspolitischen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben die Bundesregierung mehrfach aufgefordert an diesen Vertragsverhandlungen teilzunehmen (siehe z.B. Antrag „Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsantrag aktiv unterstützen“, Drs.nr. 18/11609, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/116/1811609.pdf>). Leider hat die Bundesregierung diese historischen Verhandlungen boykottiert.

Und hier setzt unsere Kritik an. Denn dies wäre ein geeigneter Punkt, um auszusteigen oder wie Agnieszka Brugger es formuliert „die Notbremse zu ziehen“. Statt über Steuermittel die Trägersysteme für Atomwaffen so umzubauen, dass sie auch die modernisierte Variante tragen können, wäre es an der Zeit zu sagen: Atomwaffen machen militärisch keinen Sinn, wir wollen komplett auf sie verzichten.

Wir Grüne werden bei jeder Gelegenheit weiter dafür kämpfen, dass endlich die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden und es überfällige Fortschritte bei der weltweiten nuklearen Abrüstung gibt, denn dies ist ein Gebot der Vernunft und zugleich unsere moralische Pflicht. Wir setzen dabei weiter auf den bestehenden Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen als Kern des internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes. Darüber hinaus braucht es aber weitere Anstrengungen für engagierte Abrüstung und ein verbindliches Verbot von Atomwaffen. Deutschland kann einen unverzichtbaren Beitrag zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt leisten. Dieser besteht in der Beendigung der nuklearen Teilhabe und dem Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Büchel in Rheinland-Pfalz. Daher setzen wir uns auch für eine Unterzeichnung des VN-Verbotsvertrags für Atomwaffen ein.

- **Hubertus Zdebel, MdB, DIE LINKE**

Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung sich nicht an den UN-Verhandlungen zum Atomwaffenverbot beteiligt hat. Atomwaffen gehören geächtet und beseitigt und daher unterstütze ich die Forderung, dass die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft und auch dafür sorgt, dass die Atomwaffen in Büchel endlich abgezogen werden.

Ich erinnere mich noch gut an die 1980er Jahre und die großen Friedensdemos. Für mich war immer klar, dass eine Welt mit Atombomben keine friedliche Welt sein kann. Daher lehne ich auch die Modernisierung der nuklearen Waffensysteme strikt ab. Bereits in den 1950er Jahren träumte der damalige Verteidigungsminister und Minister für Atomfragen, Franz Josef Strauß (CSU), ganz offen von der deutschen Atombombe. Nach der Wahl Donald Trumps werden nun in der EU und in Deutschland die Stimmen nach einer eigenen europäischen „Verteidigungsarmee“ lauter. Deutsche Militaristen in Politik und Medien wähen die Bundesrepublik bereits als neue „Führungsmacht“. Angesichts dieser Entwicklungen ist ein entschiedenes Nein zur atomaren Aufrüstung nötig.

Doch statt ein Atomwaffenverbot zu unterstützen, ist die Bundesregierung derzeit eher dabei, das Atomwaffenprogramm der USA zu stärken. So wird die deutsch-niederländisch-britische Uranfirma URENCO künftig mit Uranlieferungen die Erzeugung von Tritium als Sprengkraftverstärker für die US-Atomwaffen unterstützen. Die Bundesregierung hat im Kontrollgremium, das die Tätigkeiten der URENCO überwacht, kein Veto gegen diese Uranlieferungen eingelegt. Die Verträge haben einen Wert von 500 Mio. US-Dollar. Ab etwa 2020 wird mit dem URENCO-Uran und deutscher Duldung in vier zivilen AKWs der USA das für militärische Zwecke erforderliche Tritium erzeugt. Mit den Uranlieferungen leistet Deutschland Beihilfe, dass die Sprengkraft der US-Atomwaffen auch in Zukunft erhalten bleibt. Das ist unverantwortbar und das genaue Gegenteil von atomarer Abrüstung.

Die behauptete Trennung von militärischer und vermeintlich friedlicher Atomenergie ist sachlich falsch. Das wird mit diesem URENCO-USA-Deal erneut unterstrichen und zeigt, warum der Atomausstieg weitergehen und die Uranfabriken von URENCO z.B. in Gronau und die der AREVA in Lingen stillgelegt werden müssen. Denn bislang sind die deutschen Uranfabriken vom Atomausstieg ausgenommen und Deutschland ist damit im internationalen Urangeschäft immer noch ein Weltmarktplayer. Das wollen wir beenden.

Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass die von URENCO z.B. in Gronau eingesetzte Urananreicherungs-technik grundsätzlich in der Lage wäre, atomwaffenfähiges Uran herzustellen. Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat als Außenminister im Jahr 2007 – wenngleich mit Blick auf den Iran – deutlich gesagt: „Die Urananreicherung ist ein klassischer Weg, um nuklearen Brennstoff herzustellen. Diese aufwändige Technologie ist aber auch der Schlüssel zu Atomwaffen.“ Deutschland gilt nicht zuletzt wegen URENCO als „Schwellenmacht“, wie es die FAZ 2012 ausdrückte. Deshalb setzen wir uns als LINKE dafür ein, das Atomwaffenverbot zu unterstützen und den Atomausstieg und die Abrüstung voranzubringen.

Es kommentiert:

- **Jonas Höpken, Mitglied pax christi Diözesanverband Münster**

Herrn Marc Würfel-Elberg muss man bescheinigen, dass er Klartext redet und gar nicht erst versucht, den Anschein zu erwecken, dass er mit den Vorschlägen von pax christi einverstanden ist. Für ein Verbot von Atomwaffen ist er nur, "wenn alle Staaten einem solchen Vertrag beitreten und ihn einhalten würden". Was de facto heißt, auf den Sankt-Nimmerleinstag zu warten und sich dann als letzter Staat der Welt dem allgemeinen Konsens zu fügen. So als sei die Bundesrepublik Deutschland keine Wirtschaftsmacht, die mit ihrem Einfluss ein solches Verbot vorantreiben müsste, anstatt darauf zu warten, was die anderen Staaten machen. Diese Haltung ist aus Sicht von Würfel-Elberg aber logisch, da er in der "Verfügbarkeit über solche Waffen" "ein erhebliches Abschreckungspotential" sieht, "was die Reduzierung konventioneller Streitkräfte überhaupt erst möglich gemacht hat"; er outet sich also als klarer Befürworter von Atomwaffen.

Konsequent ist es daher, dass er sich für die Modernisierung dieser Waffen ausspricht, um sie auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und "damit Unfälle vermieden werden"; letztere Begründung wirkt eher zynisch, ist aber offensichtlich ernst gemeint. Auch dass Würfel-Elberg es als "eigentlich egal" bezeichnet, ob solche Waffen in Büchel lagern oder nicht, passt zu dieser Positionierung und verdeutlicht, dass er mit den Forderungen der katholischen Friedensbewegung nichts anfangen kann.

Nicht so profiliert äußert sich Robert von Olberg. Er ist für eine atomwaffenfreie Welt, äußert Sorge über die weltpolitische Lage und spricht sich allgemein für Abrüstung aus. Von den an ihn gestellten Fragen bezüglich des Beitritts der Bundesregierung zum Vertrag für ein Atomwaffenverbot, der geplanten Modernisierungen der nuklearen Waffensysteme und zum Verbleib der Atomwaffen in Büchel beantwortet er aber keine einzige präzise, spricht sich aber immerhin dafür aus, "als Bundesrepublik dafür einzutreten, dass nukleare Waffen nicht länger in Deutschland stationiert sind". Eine recht kurze, allgemeine Standardantwort.

Klarer äußert sich Maria Klein-Schmeink. Sie lehnt die Modernisierungspläne der Atomwaffenstaaten "strikt" ab, spricht sich für ein "verbindliches Verbot von Atomwaffen" und eine Unterzeichnung des UN-Verbotsvertrags für Atomwaffen aus, ebenfalls für den Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Büchel. Aus Sicht von pax christi also erfreuliche Antworten. Klein-Schmeink bemüht sich, diese Positionen in die politische Tradition einzuordnen, für die die Grünen sich "seit jeher" und "stets" eingesetzt hätten. Dies führt bei mir zu einer gewissen Skepsis in Bezug auf die Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Haltung; haben sich die Grünen unter ihrem Außenminister Joschka Fischer doch nicht gerade als gewaltfreie Friedenspartei erwiesen, sondern als tragender Teil der ersten Regierung die die Bundesrepublik Deutschland in einen Krieg geführt hat. Allerdings nicht in einen atomaren -- und es fällt auf, dass Klein-Schmeink -- der Fragestellung ja durchaus entsprechend -- sich in ihrer Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung rein auf den atomaren Aspekt beschränkt und den konventionellen Aspekt völlig ausklammert. Insofern lässt sich konstatieren, dass ihre aus Sicht von pax christi positiv zu bewertenden Antworten zwar durchaus ehrlich gemeint sind, dass sich aber die Frage stellt, welche Konsequenzen dies mit dem heutigen Wissen für die Haltung zu konventionellen Kriegseinsätzen haben sollte, deren Ergebnisse ja recht verheerend sind.

Hubertus Zdebel hat es, von dieser Argumentation ausgehend, natürlich leichter als Klein-Schmeink, war seine Partei doch noch an keiner Bundesregierung beteiligt und drängt auch nicht gerade

danach. Seine Antwort kann dementsprechend vollmundig und deutlich ausfallen -- was man ihm nicht zum Vorwurf machen sollte. Zdebel spricht sich für die Ächtung und Beseitigung von Atomwaffen aus, unterstützt die Forderung nach einem Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie nach einem Abzug der Atomwaffen in Büchel und lehnt auch die Modernisierung der nuklearen Waffensysteme strikt ab. Diese aus pax christi-Sicht sehr positiv zu bewertende Haltung verbindet er mit einer deutlichen Kritik an der Politik der Bundesregierung, der er vorwirft, das Atomwaffenprogramm der USA sogar zu stärken, indem sie den Export von Uran in die USA fördert. Er betont zudem die -- heute angesichts des geplanten Atomausstiegs gar nicht mehr so umstrittene -- These, dass eine Trennung von militärischer und vermeintlich friedlicher Nutzung der Atomenergie sachlich falsch ist, und bekräftigt daher im Zusammenhang mit dem Ziel eines Atomwaffenverbots die Forderung, den Atomausstieg voranzubringen. Vor 20 Jahren hätte man einen ähnlichen Text auch noch einem Grünen abgenommen. Bleibt zu hoffen, dass Hubertus Zdebel seine Thesen auch noch glaubwürdig vertreten kann, wenn seine Partei die ersten Regierungserfahrungen auf Bundesebene einmal hinter sich hat.